

nicht oft zu unnötigen Ver bitterungen, die ganze Projekte wieder in Frage stellen?

13. Welche Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Ost und West in den Entwicklungsländern sollten angestrebt werden?

14. Werden Sie sich für eine charakterliche Auslese solcher einsetzen, die den Wehrersatzdienst als Entwicklungshelfer ableisten wollen?

15. An welcher Stelle haben Sie vergeblich auf ein Engagement der Kirchen bzw. Christen gewartet?

Ökumenische Diakonie

Folgerungen aus Sektion III

VON THEODOR SCHOBER

Der Bericht der Sektion III basiert zu großen Teilen — manchmal sogar wörtlich — auf dem „Bericht der Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen“, Beirut 1968. Dieser Beiruter Bericht wurde in Uppsala wegen seiner inhaltsreichen Aussagen und auch als Symbol der beginnenden Zusammenarbeit zwischen Genf und Rom zu einem offiziellen Dokument erklärt.

Beide Berichte sind undenkbar ohne die Ergebnisse der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft von 1966. Im wesentlichen wurden die Ergebnisse von Genf weder durch Beirut noch durch Uppsala überholt, sieht man einmal von einigen konkreten Anregungen ab.

In Abschnitt II/5 des Berichtes Sektion III wird auch die päpstliche Enzyklika „Populorum Progressio“ von 1967 als für seine Orientierung ausschlaggebend hervorgehoben. Im Bericht der Sektion III wird aber auf keine der päpstlichen Anregungen eingegangen (z. B. Weltsteuer), deren Akzente ohnehin anders liegen.

Der eigentliche Wert des Berichtes der Sektion III muß in seinem leidenschaftlichen und rückhaltlosen Engagement für die Notleidenden in der Welt gesehen werden. Dieser Bericht will der kleinmütigen Gewöhnung an die Nöte der Welt den Kampf ansagen, Resignation und Trägheit entgegentreten und Dringlichkeit und Ausmaß unseres kirchlichen Beitrags zur Weltentwicklung aufzeigen.

I.

Die konkreten Empfehlungen an die Kirchen

In Abschnitt V des Berichtes der Sektion III wird versucht, einen Aufgabekatalog für die einzelnen Christen, für die Kirchen und für den Ökumenischen Rat der Kirchen zusammenzustellen. Aus der Fülle der Anregungen sollen hier nur diejenigen hervorgehoben werden, welche die Kirchen direkt betreffen. Dabei haben sich vier größere Aufgabenkreise herauskristallisiert, die von unseren Kirchen so schnell, so vollständig und so nachdrücklich wie möglich in Angriff genommen werden sollten. Es sind dies die vier Imperative:

- a) Erhöhte Mittelaufwendungen,
- b) Konzentrierte Mittelvergabe,
- c) Mobilisierung neuer Rechtsträger,
- d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

a) Erhöhte Mittelaufwendung

Abschnitt V/33 des Berichts der Sektion III empfiehlt den Kirchen ausdrücklich einen höheren Finanzbeitrag zur Entwicklungshilfe („Populorum Progressio“ enthält keinen direkten Appell an höhere materielle Opfer der katholischen Kirche).

Der Bericht der Sektion I der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft brachte bereits eine ähnliche Empfehlung: „Die Kirchen in der ganzen Welt, und besonders der Ökumenische Rat der Kirchen und seine Gremien, (sollen) ihr Äußerstes tun, um einen großzügigen Beitrag zu leisten durch direkte persönliche Leistungen und finanzielle Mittel“ (Appell an die Kirchen der Welt, S. 148).

Der Beiruter Bericht äußert sich hierzu ebenfalls: „Wenn die Kirchen wollen, daß ihr Drängen auf Wirtschaftshilfe von der säkularen Gesellschaft ernst genommen wird, so müssen sie ihre eigene Verpflichtung und Reaktion neu durchdenken. Eine wirkungsvolle Initiative der Kirchen beim Aufruf an die Nationen, kollektive, soziale Gerechtigkeit höher zu stellen als die Ansprüche des einzelnen, erfordert, daß sie ebenfalls eine vergleichbare kollektive Verpflichtung anerkennen und einen bestimmten und zunehmenden Prozentsatz ihrer Mittel für die direkte Förderung der Entwicklung einsetzen. Dieser Beitrag sollte unabhängig von den Beiträgen sein, die für die eigenen Aktionen der Kirchen geleistet werden“ (S. 54, Abschn. 27).

Ein Vorbereitungspapier der deutschen Delegation (Vorschlag für die Fassung des Abschnitts VII der Sektion III, Uppsala 1968) fordert einen Anteil von 5% der kirchlichen Haushaltsansätze. Weshalb diese 5% Uppsala gestrichen wurden und einer sehr vagen Formulierung weichen mußten, ist in der deutschen Tages-

presse häufig diskutiert worden. Einerseits verwiesen Ostkirchen darauf, daß sie sich bei der Nennung eines solchen Betrages nicht angesprochen fühlten, und forderten dafür 90% der Haushaltsansätze westlicher Kirchen als Beitrag zur Abtragung der Kolonialschuld. Vertreter von Kirchen aus den Entwicklungsländern spendeten diesem Vorschlag anhaltenden Applaus. Dies zeigt wieder einmal deutlich, welche Hindernisse noch immer dem so oft beschworenen Partnerschaftsverhältnis zwischen gebenden und empfangenden Kirchen im Wege stehen.

Für die Kirchen der Industrienationen bedeutet dies jedoch nicht, daß sie in ihren Anstrengungen nachlassen dürften. Die Regionalsynode der EKD in Berlin-Spandau hat daraufhin im Oktober 1968 den Gliedkirchen empfohlen, „zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihren Ursachen“ über das bisherige Aufkommen hinaus Gelder in Höhe von zunächst 2% aller kirchlichen Haushaltsmittel bereitzustellen und diesen Betrag bis zum Jahr 1975 auf 5% zu steigern.

Es schafft vor allem unter der engagierten Jugend Verbitterung, wenn die Kirchen Staat und Parteien aufrufen, der Entwicklungshilfe oberste Priorität einzuräumen, ohne selbst etwas Spektakuläres auf dem Finanzsektor zu tun. Wollen die Kirchen als Streiter für die Sache der Notleidenden dieser Welt ernst genommen werden, dann ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sie erheblich mehr Mittel als bisher für die Entwicklungshilfe freigeben. Solche Maßnahmen haben eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeitswirkung. Die Aufbringung dieser Mittel wird nicht zuletzt dazu beitragen, die Öffentlichkeit stärker für die Weltprobleme zu interessieren, und wird die einzelnen Bürger zur Selbstbesteuerung ermutigen, so wie sie in den Berichten von Beirut (III, 29) und Uppsala (V, 43, 7) angeregt wird.

b) *Konzentrierte Mittelvergabe*

Die Verwendung der Mittel wirft manche organisatorischen Probleme auf. Es wäre zu wünschen, daß die deutschen evangelischen Kirchen über diesen Punkt rasch zu einer allen Provinzialismus ausschließenden Einigung kämen, damit sofort mit wirksamer Hilfe begonnen werden kann.

Gleichzeitig sind alle Möglichkeiten zur Auffindung neuer Projekttypen auszuschöpfen, wozu eine Programmüberprüfung der bisherigen kirchlichen Leistungen richtungweisende Hinweise liefern wird. Mit einer systematischen und alle Projekte umfassenden Erfolgskontrolle, der Projektevaluierung, wird jetzt bei „Brot für die Welt“ begonnen. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden zu neuen Richtlinien führen, die dann zu einer strafferen Programmgestaltung beitragen sollen.

Dies steht im Einklang mit dem Abschnitt 32 des Sektionsberichtes: „Die Kirchen führen bereits in Mission und Diakonie Projekte zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch. Einige der finanziellen Mittel könnten auf Grund bestimmter Prioritäten für Pionier- und Modellprojekte verwandt werden als ein wichtiger Weg zur Bekämpfung der dringendsten Notstände einzelner Völker und Gebiete. Dies würde eine Überprüfung der Grundorientierung kirchlicher Programme und Budgets im Licht der drängenden Aufgaben des Staatsaufbaus in den Entwicklungsländern erfordern.“

Wie eindeutig aus dem Kontext hervorgeht, werden die Kirchen der Entwicklungsländer in dieser Mahnung zur Programmüberprüfung nicht mit einbezogen. Dies ist bedauernd, denn gerade die Delegationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika könnten dazu beitragen, die gegenwärtigen Formen kirchlicher Entwicklungshilfe weiter zu verbessern, indem sie ihre Bedarfsprioritäten vorgeben, gekoppelt mit Entwürfen für langfristige, überregionale Programme. Wir brauchen ihre Meinung über den Stand und die Aufnahmefähigkeit kirchlicher Hilfsmaßnahmen, über Gefahren und Möglichkeiten bestimmter Projekttypen. Wollen sie über den rein institutionellen Rahmen hinaus den Prozeß der ökumenischen Bewegung in ihren Kontinenten fördern und somit weiträumigen und langzeitigen Planungen den Weg ebnen?

Der Bericht der Sektion III hätte gewiß eine viel beachtete und wertvolle Bereicherung gefunden, hätten die Vertreter der jungen Kirchen in dieser Hinsicht neue Möglichkeiten aufgezeigt. Dies hätte in einem Regional-Anhang (wie beim Bericht der Sektion VI) geschehen können.

Im übrigen erscheinen die Aufgaben der Kirchen in den Entwicklungsländern, wie sie in Abschnitt 39 aufgeführt werden, nicht nur gänzlich unzureichend, sondern auch in höchstem Grade problematisch. Diese Aufgabenstellung, die den Stempel der euphemistischen Stimmung einer Konferenzatmosphäre trägt, ist einfach zu überzogen formuliert. Die Empfehlungen des Vorbereitungspapiers der deutschen Delegation, die an dieser Stelle einige konkrete Anhaltspunkte für die jungen Kirchen bieten, blieben leider weitgehend unberücksichtigt.

Von den jungen Kirchen können also auch in den nächsten Jahren nicht die notwendigen entscheidenden Impulse für eine Neuorientierung der Förderungsmaßnahmen erwartet werden. Deshalb werden wir auch weiterhin geographisch weit gestreute Anträge erhalten, hier für eine Poliklinik, dort für eine technische Schule und anderswo vielleicht für ein kleines landwirtschaftliches Mustergut. Daß auch diese Hilfe sinnvoll sein kann, zeigen die vorhandenen Beispielskataloge.

Um so mehr haben wir für die Verwendung der „5% Gelder“ neben den bisher praktizierten Projekttypen andersartige, neue Lösungen anstrebende Formen der Hilfsmaßnahmen zu finden, um die Kirchen und Gemeinden durch weitestgehende

Konkretion und optimale und dadurch mutmachende Ergebnisse an das weiter zu erhöhende Opfer zu gewöhnen und zementierte Vorurteile („Gießkannenprinzip“, „Tropfen auf den heißen Stein“, „Öl ins Getriebe“ usw.) aufzulösen.

Hierzu wird z. Zt. folgende Anregung für die ersten Jahre geprüft:

1. Ausschließliche Konzentration auf 2 oder 3 Länder,
2. langfristige Sanierungsprogramme in ausgewählten Gebieten dieser Länder.

Eine solche Beschränkung auf wenige, aber langfristige Hilfsprogramme in 2 oder 3 Ländern war bisher nicht möglich und wird sicherlich eine willkommene Ergänzung zur Projektpolitik von „Brot für die Welt“ und der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe darstellen. (Beispiel: Sumatra-Projekt)

Während dieser ersten Jahre des „Einübens“ sollten bei der Auswahl vordringlich (nicht ausschließlich!) solche Länder berücksichtigt werden, in denen

- bereits durchgeführte oder ernstlich in Angriff genommene Reformen den optimalen Erfolg der Maßnahmen wahrscheinlich machen
- eine realisierbare Wirtschaftsplanung vorherrscht, in die sich die Hilfsmaßnahmen einfügen können
- Rechtssicherheiten gegeben sind sowie Zoll- und sonstige Präferenzen ausgehandelt werden können
- eine relative politische Stabilität herrscht und nicht in Kürze ein politischer Umsturz zu erwarten ist (die Verhältnisse werden ohnedies unsere Vorausberechnungen häufig genug durchkreuzen!)
- ganz allgemein ein entwicklungsreiches, investitionsfreudiges Klima herrscht, so daß die Maßnahmen auch verkraftet werden können und nicht auf allzuviel Widerstand und Gegnerschaft stoßen
- kirchliche Hilfsmaßnahmen überhaupt erwünscht sind.

(Die Streuung der jungen Kirchen in den so ermittelten Ländern bzw. Gebieten ist ein weiteres Entscheidungskriterium, nach dem sich der Einsatz kirchlicher Hilfsmaßnahmen richten muß, wenn man an dem bisherigen Prinzip der Rechtsträgerschaft zumindest teilweise festhalten will.)

c) *Mobilisierung neuer Rechtsträger*

Entwicklungsprogramme der oben angedeuteten Größenordnung setzen auch entsprechend leistungsfähige Trägerorganisationen voraus.

Die jungen Kirchen wären als alleinige Träger überfordert, wie sich überhaupt immer deutlicher herausstellt, daß Einzelkirchen in Entwicklungsländern sowie die regionalen und nationalen Christenräte einen „Verdauungsprozeß“ des bereits Empfangenen benötigen, ehe ständig steigende Millionenbeträge mit erhöhtem Tempo auf sie zukommen. Um diese These zu stützen, braucht hier nur an die schwere Bürde der Folgekosten erinnert zu werden, die für die meisten Kirchen zu einem unlöslichen Problem zu werden beginnt. Daß kirchliche Ent-

wicklungshilfe einen entscheidenden Anstoß zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ gegeben hat, ist nicht immer erkennbar. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, man könne die Millionen-Beträge, die in den 70er Jahren zur Verfügung stehen sollen, wie bisher hauptsächlich über die jungen Kirchen leiten oder ihnen direkt zuführen. (Eins der möglichen Ergebnisse in Afrika und Asien könnte eine rasant zunehmende Verfeindung mit Andersgläubigen sein, die z. B. in Indonesien und Indien eine jetzt schon gefährliche Zuspitzung erfahren hat.)

Für das nächste Jahrzehnt ist deshalb hinsichtlich der Trägerorganisation für Projekte der 5^{0/0} Mittel eine Neuorientierung vonnöten, die folgende Überlegungen zu berücksichtigen hätte:

– Entlastung der jungen Kirchen

weil 1. Übersättigung

2. „Verdauungsschwierigkeiten“

3. Neid hervorrufende einseitige Förderung von Christen

(Der Teil von „Brot für die Welt“, der nicht aus den 5^{0/0} Mitteln gespeist wird, sollte wie bisher weitergeführt werden.)

– Förderung römisch-katholischer, nichtchristlicher oder anderer nichtstaatlicher Organisationen (siehe Bericht der Sektion III, Abschn. 29)

– Bildung eigener Rechtsträger

1. Internationale Stiftungen gründen (Bericht Sektion III, Abschn. 34)

2. Nationale GmbH's zur Gründung von Produktionsbetrieben. (Modell liegt bereits im Nias-Plan mit großen Möglichkeiten vor.)

Diese Überlegungen können hier nur stichwortartig wiedergegeben werden. Sie sind wissenschaftlich zu vertiefen. Dies könnte am besten in einem Projektforschungszentrum geschehen, das die mit der praktischen Entwicklungshilfe unserer Kirchen zusammenhängenden Probleme bearbeitet. Bei der geplanten engeren Arbeitsgemeinschaft von „Dienste in Übersee“, Evangelischer Zentralstelle für Entwicklungshilfe und Lutherischem Weltdienst mit der Abteilung „Ökumenische Diakonie“ des Diakonischen Werkes in Stuttgart bietet sich die Gelegenheit zur Installierung eines solchen Forschungsvorhabens.

d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit

Die Beschlüsse und Diskussionen von Genf und Beirut ebenso wie die päpstliche Enzyklika „Populorum Progressio“ werden durchzogen von dem Hauptanliegen, das auch in Uppsala noch einmal mit aller Leidenschaft hervorgehoben wurde: die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Kirchen zu Gunsten der Entwicklungsländer bzw. zu Gunsten einer internationalen gerechteren Ordnung.

Abschnitt 31 des Sektionsberichtes III lautet: „Die Kirchen sollten in Predigt und Unterricht und in der theologischen Ausbildung die biblische Sicht von der

Einheit der Menschheit sowie ihre konkrete Bedeutung für die weltweite Solidarität aller Menschen und die Haushalterschaft über die Güter der Erde besonders herausstellen. Eine selbstsüchtige Konzentration der Sozialpolitik auf einzelne Länder oder Regionen ist eine Verleugnung dieses Auftrages. Insbesondere sollten die Kirchen ihre Glieder mit den Vorschlägen zu Entwicklungsfragen vertraut machen, die in dem in Absatz 5 dieses Berichtes genannten Dokument und in den Empfehlungen der Vollversammlung erwähnt werden. Auf der Grundlage einer Analyse ihrer örtlichen, regionalen und nationalen Situation sollte jede Kirche konkrete Folgerungen aus diesen Empfehlungen ziehen und verwirklichen. Die Kirchen haben die Aufgabe, die Menschen zu lehren, wie sie politisch wirksam tätig sein können.“

Was ergibt sich konkret daraus als Aufgabe unserer Kirchen in der Zukunft, und wie können sie überhaupt diesen Forderungen gerecht werden?

Zwei Methoden bieten sich an, die zu gleicher Zeit begonnen und durchgeführt, eine doppelte Wirkung erzielen könnten. Es ist dies *einmal* die Chance, die in der Überzeugungskraft eines beispielhaften Vorbildes unserer Kirche liegt. Wo die Kirche nicht eine für jedermann sichtbar erhöhte Opferbereitschaft an den Tag legt, wird Information, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit nur von bedingtem Erfolg sein. Wenn unsere Kirche mit der Bewusstseinsänderung nicht selbst beginnt, wird sie diese innerhalb der öffentlichen Meinung nicht herbeiführen können. Wenn die Kirchen nicht selbst bereit sind, an Haupt und Gliedern Strukturänderungen und Reformen vorzunehmen, können sie dies schlechterdings nicht von Staat und Gesellschaft verlangen. Erst diese innerkirchlichen Maßnahmen geben den Kirchen eine Basis, von der aus eine verstärkte Beeinflussung der öffentlichen Meinung möglich ist.

In der Bundesrepublik fehlt es an Institutionen und Personen, die das Vakuum an Leitbildern für die Jugend ausfüllen könnten. Hier liegt eine besondere Aufgabe für die Kirche, die sie allerdings nur dann wahrnehmen kann, wenn sie einige Schritte hin zur franziskanischen Gestalt der Kirche macht, d. h. durch sichtbare Selbsteinschränkung und durch einfachen Lebensstil zum mitreisenden Vorbild der Jugend wird. Tut sie das nicht, so wird die Vielfalt ideenreicher Aktionen und latenter Opferbereitschaft unter weiten Kreisen der Jugend entweder verschüttet oder in eine antikirchliche Opposition gedrängt. Der prioritäre kirchliche Einsatz für eine verantwortliche Weltgesellschaft aber würde auch die Gemeinden in anderer Hinsicht neu beleben und ihnen wertvolle Kräfte zuführen.

Die *zweite*, parallel einsetzende Methode wäre dann ein gezielter und massiver Einsatz von vielfältigen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, um „durch viestaltige Informationsprogramme das ihnen Mögliche dazu beizutragen, die Notwendigkeit für drastische Erhöhungen der Hilfeleistungen ins Bewußtsein eines jeden einzelnen zu tragen, um somit die erforderliche Bereitschaft für die

kommenden Aufgaben in allen Schichten ihrer Völker herbeizuführen. Die Kirchen appellieren an alle Interessenverbände und gemeinnützigen Organisationen ihrer Staaten, sie in diesem Bemühen zu unterstützen.“ (Vorbereitungspapier für die deutsche Delegation, S. 4)

Es handelt sich also um einen Feldzug gegen Unwissen, Vorurteil, Rassendünkel und Bequemlichkeit. Die Größe dieser Aufgabe sollte nicht entmutigen. Wie jüngste demoskopische Erhebungen zeigen, ist sie nicht unlösbar. Als ersten Schritt lassen sich drei verschiedene Ebenen denken, auf denen gleichzeitig begonnen werden kann.

1. *Die Gemeindeebene.* Hierzu heißt es in dem Vorbereitungspapier der deutschen Delegation: „Die Christen der Industrienationen dürfen ihre Hilfsmaßnahmen nicht an einer gewissenmäßigen Entlastung orientieren, sondern an den entwicklungspolitischen Sachproblemen. Diese Entwicklungshilfsmaßnahmen werden von den Gemeindegliedern nur dann richtig verstanden und damit voll unterstützt werden, wenn ohne Zögern im Bereich der Ausbildung und Verkündigung, der Gemeinde- und Sozialarbeit durch intensive Information dem Themenkomplex Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik die ihm gebührende Gewichtigkeit eingeräumt wird“ (S. 2).

Auch hier hat die EKD-Synode auf ihrer Regionaltagung in Berlin-Spandau entsprechende Empfehlungen beschlossen.

Das Werbe- und Informationsmaterial der ökumenischen Diakonie könnte hierfür wertvolle Hilfestellung geben. Darüber hinaus könnte man nach dem Vorbild von Christian Aid aus prominenten Persönlichkeiten bestehende ständige Gemeindegremien gründen, die sich nicht nur für die jährliche Sammlung einsetzen, sondern das ganze Jahr über in regelmäßigen Abständen die Diskussion über die Weltlage in ihrer Gemeinde in Gang halten.

Dieses englische Vorbild sollte dringend auf seine Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse hin geprüft werden. Das wirft sogleich die Frage auf, ob denn die Werbung von „Brot für die Welt“ den in Uppsala geforderten Aufgaben gerecht wird. Gewisse Kritiker sind durchaus ernst zu nehmen, wenn sie behaupten, daß die Werbung von „Brot für die Welt“ mit Hungerbildern schockiere. Sie könne allenfalls einen weihnachtlichen Freikauf des schlechten Gewissens, also einen modernen Ablaßhandel bewirken, nicht aber einen grundlegenden Verhaltenswandel gegenüber den Weltproblemen, ja, sie stünde dieser Bewußtseinsänderung geradezu im Wege. Im Zusammenhang mit der gesamten Neuorientierung kirchlicher Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe wird auch diese Frage geklärt werden müssen.

2. *Die politische Ebene.* Ihr wird in den Dokumenten von Beirut und Uppsala größter Wert beigemessen. Unsere Kirchen sollten diese Forderungen nicht überhören. In Abschnitt 20 der Rubrik IV (Die Rolle der Kirchen) des Beirut Be-

richtes heißt es z. B.: „Freiwillige sollten gefunden werden, die ständigen Druck auf die gewählten Volksvertreter auf nationaler und lokaler Ebene ausüben könnten. Diesen Lobbyisten müßten die Tatsachen genau bekannt sein, sie würden die Parlamentarier einem ständigen Trommelfeuer gezielter Befragung aussetzen, nötigenfalls Verstärkung herbeiholen — z. B. während der Diskussion über einen Auslandshilfeplan in einem Entwicklungsland — und, wenn sich die Möglichkeit bietet, würden sie das Ergebnis einer Wahl von der Einstellung des Kandidaten zur Entwicklung und Gerechtigkeit abhängig zu machen versuchen. Die gegenwärtige Überzeugung der Parlamentarier — daß die Bürgerschaft an keinem von beiden interessiert ist — kann erschüttert werden, wenn nur 10–15% der Wähler, die möglicherweise den Ausschlag geben könnten, hartnäckig genug sind. Mündlicher Protest an den Universitäten Englands änderte z. B. die Absicht der Regierung, ausländischen Studenten höhere Gebühren aufzuerlegen. Bisher haben die Christen in der entwickelten Welt nicht viel politische Führungskraft im Bereich der Wirtschaftshilfe gezeigt, obwohl sie allein in den entwickelten Nationen in buchstäblich jedem Wahlbezirk eine entschlossene Minderheit von 10% stellen könnten.“

Dies sind durchaus realisierbare, praktikable Vorschläge, und unsere Kirchen sollten nicht zögern, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Aber nicht nur die politischen Parteien, sondern auch Schulen, Universitäten, Gewerkschaften und Interessenverbände müssen für die große Aufgabe gewonnen werden. Hierzu sind ebenfalls eine Vielzahl von Anregungen in den Beschlüssen von Beirut und Uppsala enthalten.

3. Zur Unterstützung all dieser Aktivitäten bedarf es jedoch auf der dritten Ebene eines *Forschungszentrums*, dessen Ergebnisse die Marschroute der innenpolitischen Initiativen abstecken helfen müßten. Die Forschungsstelle hätte außerdem die Aufgabe, Studien zu Fragen des Welthandels, der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen, der Leistungsgrenzen deutscher Entwicklungshilfe und ähnliche Probleme zu erarbeiten und daran bereits mit der Materie vertraute Wissenschaftler verschiedener Disziplinen zu beteiligen.

Wenn hier von drei Aktionsebenen gesprochen wurde, so ist dies noch ein lückenhafter und vorläufiger Katalog der Möglichkeiten kirchlicher Initiativen. Massive und einfallsreiche Aktionen auf allen drei Ebenen scheinen jedoch angesichts des Zeitdrucks, den uns die weltpolitische Entwicklung auferlegt, nicht nur unaufschiebbar notwendig zu sein, sie sind auch in kurzer Frist realisierbar. Nach Genf, Beirut und Uppsala gibt es kein Alibi mehr für nur halbherziges, stückwerkhaftes und inhaltloses Arbeiten der Kirche. Erinnern wir uns bei all unserem Tun der Mahnung im Sinne Visser 't Hoofts in Uppsala: „Angesichts der Nöte der Welt selbstzufrieden zu sein bedeutet, der Häresie schuldig zu werden“ (Bericht Sektion III, Abschnitt 29).

II.

Der bleibende Auftrag der Diakonie der Kirche

Gerade weil die Diakonie ihren Anteil im Rahmen moderner Entwicklungshilfe im Sinn des bisher Gesagten voll bejaht, muß sie darauf achten, daß ihr Handeln Diakonie bleibt. Alle noch so erregenden Perspektiven der Not und alle noch so neuen Schwerpunkte der Hilfeleistung verändern den Auftrag der Diakonie der Kirche im Grundsätzlichen nicht, sie zeigen nur das erweiterte Feld. Methoden wandeln sich, Hilfsformen veralten und müssen durch gemäßigere ersetzt werden. Einsichten erweisen sich als überholt und bedingen ständig neue Informationen. Der Auftrag aber bleibt: den Christusglauben unter dem beständigen Hören auf das Evangelium in der helfenden Zuwendung zum Mitmenschen — in seiner Vereinsamung *und* in seiner Verflechtung in Gruppen- und Gesellschaftsverhältnisse — praktisch zu leben. Dazu ist auch der Beitrag der Theologie nicht zu entbehren, wenn C. Frhr. von Weizsäcker recht hat mit seiner Behauptung: „Die Theologen bewahren die einzige Wahrheit, die tiefer reicht als die Wahrheit der Wissenschaft, auf der das Atomzeitalter beruht. Sie bewahren das Wissen des Menschen, das tiefer wurzelt als die Rationalität der Neuzeit. Überzeugen wird die Wahrheit (nämlich die Wahrheit des Evangeliums über den Menschen) da, wo sie gelebt wird.“

Daraus folgt

a) *Gemeinde unter diesem Auftrag lebt immer dreidimensional*

Ihre Diakonie verkümmert, wenn das Christuszeugnis verstummt oder das Gebet erstirbt. Denn wie soll es sonst Erneuerung des Menschen geben? Darum hängt auch die Erneuerung der Menschheit zu einer gerechteren Gesellschaft entscheidend mit der Gebetskraft der Gemeinde zusammen. Wer diese Zusammenhänge gering achtet, überzieht sein eigenes Konto an Wollen und Vollbringen.

Von hier wäre die Frage nach der Neubelebung der Gebetsgottesdienste mit einem breiten Informationsteil — weil Beten konkretes Wissen voraussetzt — neu zu durchdenken. Es liegen bereits mutmachende Erfahrungen vor, wie sich auf diesem Weg auch eine Öffnung der Gemeinde für neue Verantwortungsbereiche überraschend und nachhaltig ergeben hat.

b) *Das Vorzeichen aller Diakonie ist das Kreuz*

Christus verbindet das Dienen seiner Gemeinde mit seiner eigenen Existenz („... *gleichwie* des Menschen Sohn ist nicht gekommen, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele“ — Matth. 20, 28). Von daher verbieten sich falsche Alternativen, die sich bei der Beschreibung des wirklich oder nur vermeintlich Neuen gern anbieten. Unter diesem

Kreuz gedeiht weder der um jeden Preis auf Erfolg ausschreitende Aktivismus, bei dem der Mensch sagt: „Siehe, *ich* mache alles neu“ — noch ein müder Quietismus, der die bessere Gerechtigkeit *nur* im Jenseits erwartet.

Unter diesem Kreuz gilt im Gehorsam Christi das „Kauft die Zeit aus!“ und das „Wirket, solange es Tag ist, denn es kommt die Nacht, da niemand wirken kann!“ jeweils universal, also nicht nur in *eine* Richtungweisend. Ob solches Handeln der Kirche auf lauten Beifall stößt oder ihr gerade die besten Steuerzahler oder die eben erst gewonnenen neuen Freunde vergrämt, darf sie nicht bestimmen. Sie muß bereit sein, sich notfalls zwischen alle Stühle zu setzen und gerade dort zu handeln, wo andere kein Interesse sehen oder sich aus irgendwelchen Rücksichten passiv verhalten. Diese jeweils sehr ernst zu überprüfende Entscheidung im Sog des Neuen ist schwer. Hier kann Uppsala helfen: „Nicht alles . . . , was neu ist, kommt von Gott. Auch das Neue bedarf der Erneuerung.“

Unter diesem Kreuz antworten Christen auf die in Christus erfahrene „Sache mit Gott“ durch freiwillige und unspekulativ gebrachte Opfer. Das ist mehr als jenes „karitative Spendenmotiv“, das so leicht zu kritisieren ist. Aber die Grenze zwischen Spende und Opfer zieht in letzter Instanz erst Gott. Wenn in unserer Zeit an vielen Orten neue Opferbereitschaft, gerade auch bei der jungen Generation, erwächst, dann haben die Hilfswerke „Misereor“ und „Brot für die Welt“ daran erheblich mitgewirkt. Denn auch der Opfernde fragt gelegentlich nach der Verwendung seiner Gelder und erfährt Stärkung durch das Vertrauen, daß sein Opfer nicht mißbraucht wird. Unterschätzen wir doch diese Bewußtseinsänderung in unseren Gemeinden und darüber hinaus nicht, die sich durch Einübung im Opfern unter dem Kreuz tiefgreifend vollzieht! Das läßt sich durch die Hergabe von noch so hohen Steuermitteln nicht ersetzen, so nötig wir sie brauchen. Hilfe zur Selbsthilfe geschieht nicht nur dadurch, daß 80% aller „Brot für die Welt“-Gelder in dieser Kategorie projiziert werden. Was sich durch diese Projekte in den empfangenden *und* in den gebenden Gemeinden ereignet, ist die „Weltdiakonische Entwicklungshilfe“ im Innern. Wer die Anschlußprojekte beobachtet, die sich z. B. an unser Speisungsprogramm in Indien durch fremde Träger ergeben haben, oder wer registriert, welche die weitverbreitete Resignation zurückdrängende Wirkung die Hilfe der Kirchen für Nigeria/Biafra zeitigt und immer neue Helfergruppen mit überraschenden Einfällen weckt, kann für diese Konsequenzen ökumenischer Diakonie auch auf Strukturänderungen nur dankbar sein. Hier wird das Selbsthilfefrinzip und das Verantwortungsbewußtsein hier *und* draußen gestärkt.

Unter dem Kreuz gibt es keine Trennung von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Denn Christus bedeutet beides in seiner Person und will, daß wir das auch praktizieren. Wer hier also immer wieder alternativ redet, meint ein unbiblisches Zerrbild. Wir müssen uns alle fragen, ob die von uns geübte Barmherzigkeit oder

die für andere erstrebte bessere Gerechtigkeit derartig pervertiert sind. Ernst Käsemann schreibt: „Auch die Gabe der göttlichen Gerechtigkeit stellt uns . . . nicht an das Ziel, sondern auf den Weg. Sie wird uns so gegeben, daß sie zugleich immer vor uns liegt und neu ergriffen werden muß. Man mag ebenso von Römer 5, 6–10 her formulieren: Sie hat uns, ehe wir sie ergreifen, und wir behalten sie nur so lange, wie sie uns hält. Die Gabe hat demnach selber Macht-Charakter. Was das konkret bedeutet, ist völlig klar. Paulus kennt keine Gabe Gottes, die uns nicht zum Dienst verpflichtete und unseren Dienst ermöglichte. Nicht bewährte und weitergegebene Gabe verliert ihren spezifischen Gehalt. Offensichtlich ist dabei der Aufbruch in die jeweils neue Zukunft des Empfangens und Ergreifens und die darin erfolgende Wandlung der Gabe in den Dienst von Galater 5, 5 her als Spiegelung dessen zu begreifen, daß die endgültige Gottesgerechtigkeit noch aussteht“ (Gottesgerechtigkeit bei Paulus, S. 183/4 II).

Nur wo ein Gerechtigkeitsbegriff vorliegt, der diesem biblischen nicht entspricht — obwohl er vielleicht mit Bibelzitatn garniert wird —, entsteht die verhängnisvolle Kluft zur situationsbedingt jeweils abgewandelten Praxis des barmherzigen Samariters. Die Christuswirklichkeit aber versetzt uns in die neue Schöpfung der verwirklichten Barmherzigkeit *und* der geschenkten neuen Gerechtigkeit. Das verpflichtet uns, dieses neue Sein auch im alltäglichen Umgang der Menschen und Völker untereinander zur Geltung zu bringen. Aber es widerspricht der Schrift, wenn der Eindruck durch unser Reden und Handeln entsteht, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit wären nicht Fakten, die durch das Kreuz Christi ein für allemal geschehen sind und die es erkennbar, glaubwürdig und anwendbar in den Beziehungen zueinander zu machen gilt, sondern nur Fernziele unserer Programme. Der Umgang mit der Jahreslosung 1970 („So bekehre dich nun zu deinem Gott, halte fest an Barmherzigkeit und Recht und hoffe stets auf deinen Gott“, Hosea 12, 7) wird uns hier eine saubere theologische Vorarbeit nicht ersparen.

c) *Das unverrückbare Fernziel der Diakonie bleibt die Wiederkehr des Auferstandenen*

Von daher legt die Diakonie nicht den Schwerpunkt auf die Bewahrung des Überkommenen in allen Variationen, sondern auf die Verwirklichung von Zukunft im ersten Horizont des Jüngsten Tages. Ich meine nicht, daß diese Orientierung uns untüchtig machen könnte für den Dienst in der Welt, weil sie etwa unzureichend wäre, um den Beitrag der Kirchen zur Weltentwicklung demonstrativ zu erhöhen und auch qualitativ sachgerecht zu verbessern. Wenn dieses Fernziel feststeht, werden die Christen — ganz im Gegenteil — mit allen anderen gemeinsam ans Werk gehen, ihren Rat und ihre Einsichten dankbar annehmen und wirkliche Zusammenarbeit ohne Prestigedenken üben. Vielleicht werden sie dann

und wann nüchterner sein, weil sie auch mit dämonischen Gegenmächten rechnen. Aber sie werden sich – von diesem Endziel her – nicht durch Mißerfolge entmutigen lassen und ihre Leidenschaft zur Hilfe nicht vom Erfolg her beziehen. Vielleicht werden sie mit größerer Entschiedenheit und mit aktiver Geduld sich abmühen und sich dabei nicht schonen. Die Kraft dazu beziehen sie aus dem immer neuen „Umdenken“ (Buße), aus dem „Sterben des alten Menschen mit Christus“ und aus dem Trost der Vergebung, der das Eingeständnis des Versagens vorangeht. Dabei werden sie den einzelnen nicht übersehen und auch die kleine Zahl und die unscheinbaren Zeichen des wirklich Neuen nicht verachten. „Gerade weil die Diakonie das Konzept der Einzelhilfe nicht opfern darf, müht sie sich auch um kraftvolle Umwandlung der Gesellschaft und ihrer Verhältnisse mit dem Ziel, diese Gesellschaft in eine gerechtere, aufnahmebereite und annehmende Gemeinschaft für den einzelnen zu verändern. Denn das ist der Auftrag Jesu“ (aus dem Diakoniebericht vor der regionalen Arbeitstagung der EKD-Synode in Spandau im Oktober 1968).

Wir alle müssen uns immer wieder fragen, ob unsere Arbeit etwa „falsch programmiert“ sei. Das wäre allerdings in sündhafter Weise der Fall, wenn wir *nur* nach Informationen über die wirtschaftliche und politische Weltentwicklung Ausschau hielten oder *nur* das Evangelium von Christus deklamierten. Beides gehört zueinander.

Die Diakonie der Kirche – und nicht nur sie – muß *immer doppelt programmiert* sein: *Einmal* und zuerst mit der Botschaft und dem Auftrag Christi, der will, daß niemand verlorengelange, und der deshalb Glauben schenkt, der Menschen so verändert, daß er durch die Liebe zur Tat wird, und *zum ändern* aus dem Gehorsam des inkarnierten Christus mit genauen Kenntnissen der Nöte, Bedürfnisse, Methoden, Entwicklungen und Möglichkeiten dieser Welt, der wir diese Botschaft schuldig sind. Das ist freilich mehr als materielle und strukturverändernde Hilfe. Aber sie schließt das alles verpflichtend ein. „Die Diakonie der Kirche steht im eschatologischen Horizont, und das ist festzuhalten, je tiefer wir in die Unzahl weltlicher, sozialer Aufgaben hineingeführt werden, vor welche die soziale Umwälzung auch die Kirchen stellt . . . Die Mühsal des von vielen Seiten angefochtenen . . . christlichen Dienens können die Kirchen und die Christen nicht tragen, ohne auf den zu blicken, der die ganze Welt mit allen ihren Reichen Gott dem Vater zu Füßen legen wird. Der Dienst der Liebe ist ein Wahrzeichen dieses kommenden Sieges und der zukünftigen Herrschaft Christi“ (H. D. Wendland in „Die Kirche in der revolutionären Gesellschaft“ S. 48/49).